

Hildebrandt, Eckart

Book Part — Digitized Version

Gesellschaftliche Bezüge der Produktmitbestimmung

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Hildebrandt, Eckart (1990) : Gesellschaftliche Bezüge der Produktmitbestimmung, In: Eckart Hildebrandt (Ed.): Ökologischer Konsum: IÖW-Jahrestagung 1988, ISBN 3-926930-35-7, IÖW, Berlin, pp. 112-116

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/112103>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



WZB-Open Access Digitalisate

WZB-Open Access digital copies

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB). Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH
Bibliothek und wissenschaftliche Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
E-Mail: bibliothek@wzb.eu

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)
Library and Scientific Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
e-mail: bibliothek@wzb.eu

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**. More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

Eckart Hildebrandt

GESELLSCHAFTLICHE BEZÜGE DER PRODUKTMITBESTIMMUNG

Wenn die Forderung nach Produktmitbestimmung nicht an den Erfahrungen und Forderungen der Beschäftigten anknüpft, sondern als fertiges, gesellschaftlich notwendiges Konzept von außen aufgesetzt wird, ist die Gefahr des Scheiterns bereits angelegt. Die vorhandenen Vorbehalte gegen eine "Grünung" von Gewerkschaftspolitik, gegen die Übernahme von Unternehmensverantwortung, gegen modernistische Experimente etc. würden nur neue Nahrung erhalten und die Kette nicht realisierter Gewerkschaftsforderungen um ein weiteres Glied verlängern. Tatsächlich sind die Themen und Politikformen, die mit der Forderung nach Produktmitbestimmung auf den Tisch kommen, wirklich sehr neu und andersartig als die traditionellen Kernthemen gewerkschaftlicher Betriebspolitik.

Die Rückbesinnung auf einen der praktischen Vorläufer der Forderung kann das exemplarisch verdeutlichen: auf die betrieblichen Arbeitskreise für Alternative Produktion. Ihre Zielsetzung war die *Sicherung bestehender Arbeitsplätze durch veränderte Produktpolitik*. Diesen Initiativen liegt ein neues Produktverständnis zugrunde, nach dem Produktauswahl und Produktgestaltung nicht länger allein auf dem einzelunternehmerischen Entscheidungskalkül beruhen und die Produkte nicht in einer Vielzahl arbeitsteiliger, weitgehend sinnentleerter und kaum miteinander kommunizierender Einzeltätigkeiten erstellt werden dürfen. Bei der großindustriellen Produktionsorganisation verschwindet das Produkt für den Beschäftigten hinter dem Maschinensystem, den Zuliefererbeziehungen und der Anonymität des Marktes. Seine Arbeitssituation ist unmittelbar durch die Produktionstechnologie, die Arbeitsorganisation und den Arbeitsvertrag geprägt, nur geringfügig und nach Branchen unterschiedlich durch das Produkt. Die Konversions-Arbeitskreise - damit ist das Ziel der Umwandlung von Rüstungsproduktion in zivile Produktion bezeichnet - haben dem ein gesellschaftliches und integriertes Produktverständnis gegenübergestellt. Danach sollen in Zukunft verstärkt solche Produkte hergestellt werden,

- nach denen erstens ein bestehender und sozial wichtiger Bedarf existiert und nicht erst geweckt werden muß (*soziale Nützlichkeit*);
- für deren Herstellung zweitens möglichst wenig natürliche Ressourcen verbraucht, möglichst wenig Emissionen in Boden, Luft und Wasser entstehen und die möglichst weitgehend recyclebar sind (*ökologische Verträglichkeit*);
- deren Herstellung drittens durch die Nutzung vorhandener, humaner und technischer Produktionskapazitäten in der Region und im Betrieb geschieht (*Standortsicherung*);
- deren Herstellung viertens mittels wissens- und erfahrungsintensiver, gesundheitsverträglicher Produktionsverfahren und Arbeitsorganisation stattfindet (*Humanisierung der Arbeit*).

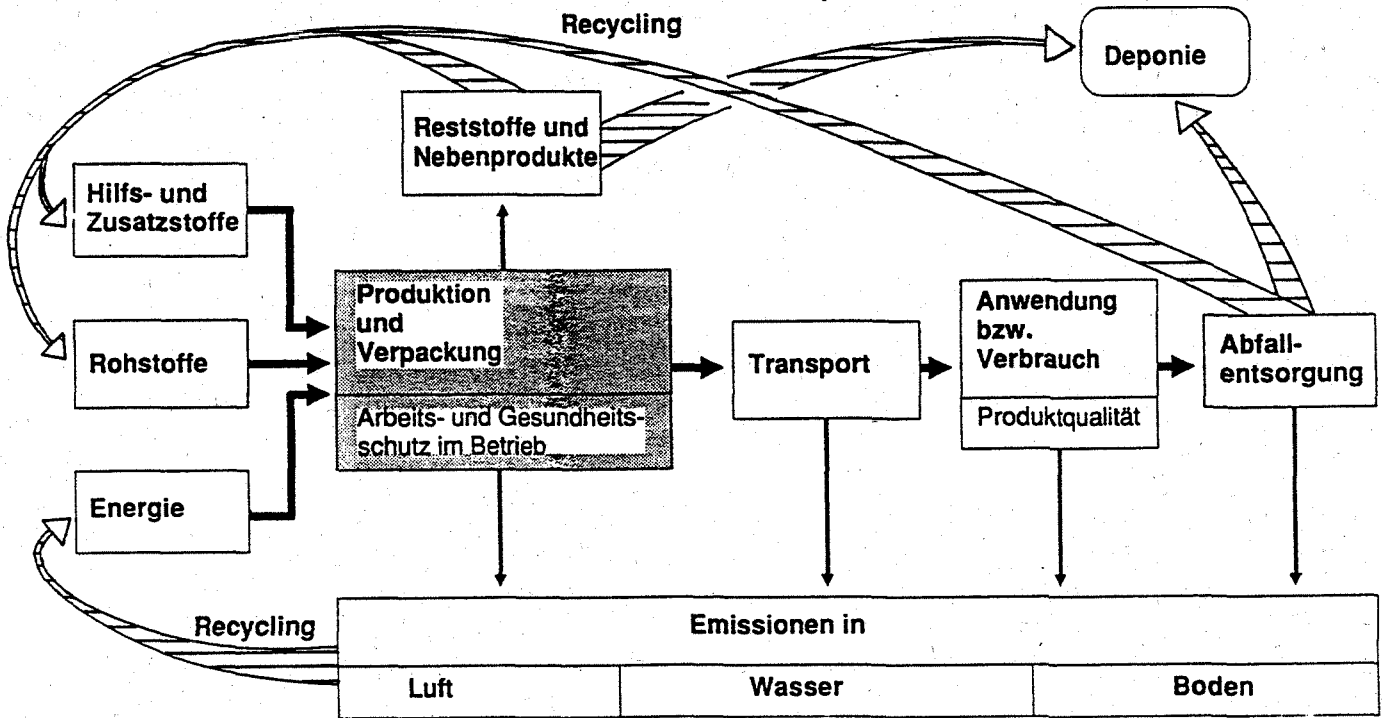
Die Ausgangsbasis der Arbeitskreise war nicht das Interesse an einer erweiterten Mitbestimmung an sich, sondern die Suche nach neuen und eigeninitiativen Möglichkeiten der Beschäftigungssicherung unter den Bedingungen eines besonders sensiblen Produkts (Waffen).

Das Ansetzen der Arbeitskreise an den Produkten erklärt sich in ihrer Entstehung wesentlich aus der Besonderheit dieser Produkte und den entsprechenden historischen Erfahrungen in Deutschland. Die Produktkritik hat sich aber bald nicht mehr nur auf Waffen gegen den Menschen beschränkt,

sondern weitete sich auf all die Produkte aus, die sich als Waffen gegen die Natur einschließlich der Gesundheit und Lebensqualität des Menschen erweisen. Die ökologische und soziale Schädlichkeit von Produkten und Produktionsverfahren läßt sich für die Produzenten von Produkten des alltäglichen Konsums unmittelbar nachvollziehen, da die Produzenten hier auch Konsumenten und Betroffene der ökologischen Folgen des Konsums des Produkts sind - unabhängig davon, ob sie es selbst hergestellt haben.

Daß die Produkte Teile von lebenswichtigen ökologischen Wirkungsketten sind, ist aufgrund der industriellen Produkt- und Verfahrensentwicklung alltäglich erfahrbar und bedrohlich geworden. Dies gilt aber zunehmend auch für Produkte der Investitionsgüterindustrie, obwohl hier keine direkte Rückkopplung der Produzenten zur Anwendung existiert. In der Metallindustrie stehen dafür die Diskussion um die Kernkraftwerke der Anlagenbauer und um das Automobil

Schaubild 1



EH/WZB/9-89

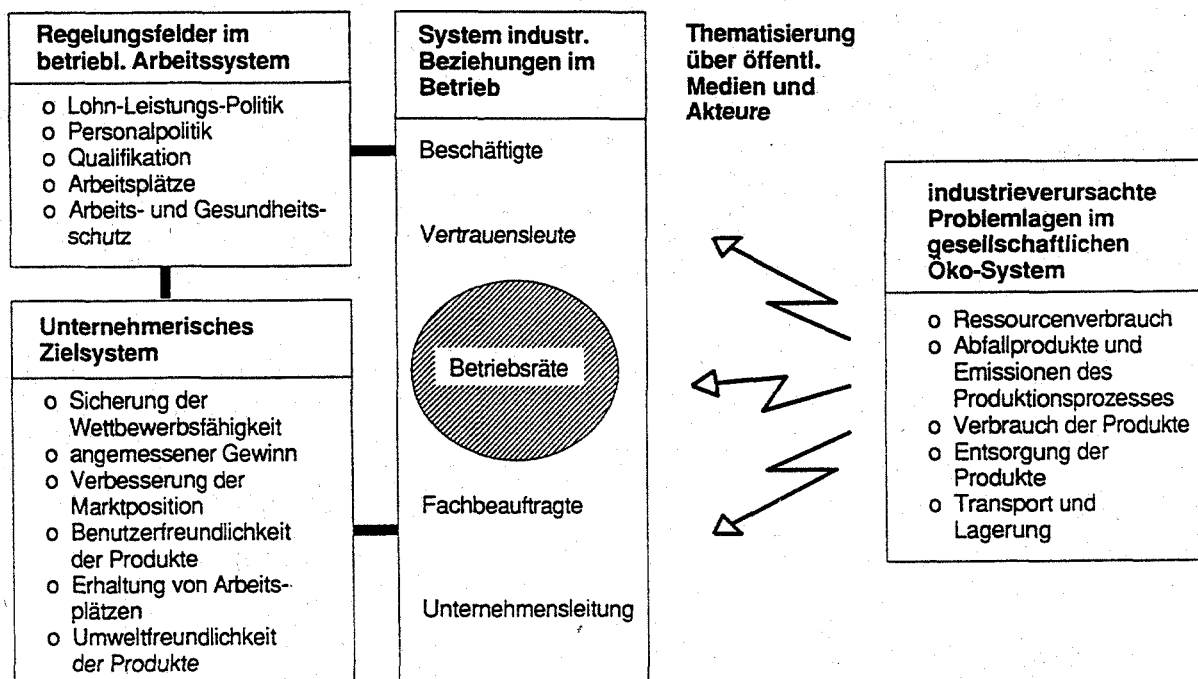
Gerade in einer Zeit, in der die Industrie beansprucht, immer konsumfreundlichere Produkte anzubieten - und d. h. doch, daß man sich außer der genußvollen Nutzung keine Gedanken zu machen braucht; "der Strom kommt aus der Steckdose" -, wird die Trennung zwischen privatem Konsum und Lohnarbeit in Frage gestellt. Die Konsumenten sind mit den ökologischen Risiken und Schäden konfrontiert, die Zusammenhänge der komplexen Produktlebenszyklen drängen sich auf.

Dem steht das von den Herstellern propagierte Konsummodell entgegen, nach dem der Konsument nur für den Konsum zuständig ist und sich die Konsummöglichkeiten für die Mehrheit der Bevölkerung aufgrund der wirtschaftlichen Prosperität der Bundesrepublik ständig verbessern. Mehr Lohn hieß mehr Konsum und damit mehr Lebensqualität. Darauf konnte sich der Arbeitnehmer verlassen und neue Probleme jeweils unter der Devise betrachten: "Abwarten und sehen, was hinten rauskommt - geldmäßig." Und man hatte gelernt, sich nur dafür verantwortlich zu verhalten, für was man unmittelbar zuständig war. Entsprechend hatte sich die Mehrzahl der Arbeitnehmer in betrieblich einsozialisierten Verhaltensmustern eingerichtet, die da lauten: "Kümmer' Dich um Deinen eigenen Kram" und "Da haben sich schon klügere Leute den Kopf drüber zerbrochen".

Die tiefgreifende Trennung zwischen inner- und außerbetrieblicher Lebenswelt hat u. a. auch bewirkt, daß einige Arbeitnehmer, die keinen Sinn in einer Beteiligung an der betrieblichen Interessenvertretung sahen, außerbetrieblich engagiert in Bürgerinitiativen auftraten. Der Brückenschlag zwischen dem breiten Engagement für eine Erhaltung der Qualität des Lebens, für ein "Recht auf ein gutes Leben", auf "Annehmlichkeit" und dem Betriebsalltag andererseits ist grundsätzlich noch nicht gelungen. Denn die betrieblichen Akteure handeln nach anderen Rationalitäten; ökologische Ziele sind nicht umstandslos an die traditionellen Unternehmensziele und arbeitspolitischen Felder anzukoppeln.

Schaubild 2

Industrielle Beziehungen und gesellschaftliche Ökologieprobleme



Im Gegenteil, viele der geltenden Prinzipien der Produktionsorganisation beruhen auf zerstörerischer Naturnutzung und technokratischem Naturersatz. Daher sind die ökologischen Initiativen der Vergangenheit von außerhalb in die Betriebe gekommen, von Menschen, die die Rollentrennung von Produzent, Konsument und Betroffenen und die entsprechenden Zuständigkeiten nicht mehr akzeptieren.

Der Handlungsdruck geht von tiefgreifenden gesellschaftlichen Entwicklungen aus, die insbesondere zwei Grundorientierungen der Arbeiterbewegung in Frage stellen:

- erstens die Möglichkeit eines effektiven Nebeneinander von Arbeitsverausgabung und Zwang in der Fabrik einerseits und der Erholung in der freien Natur andererseits - die sich früher z. B. in der Naturfreundebewegung ausgedrückt hat;
- zweitens die Perspektive der Befreiung von materieller Not und Unfreiheit durch wissenschaftlich-technischen Fortschritt.

Beide Orientierungen basierten auf der Annahme, daß die Natur eine kostenlose, unendliche und stabile Ressource sei: einerseits als Rohstoff für die Produktion, andererseits als Infrastruktur für Freizeitindustrie und Massentourismus. Beide Orientierungen haben maßgeblich dazu beigetragen, daß die ökologischen Probleme zu Überlebensfragen geworden sind. Das Konzept der Produktmitbestimmung ist somit eingebunden in die notwendige gesellschaftliche Diskussion um eine "andere Zukunft", in der Rauch aus den Schloten und rußschwarze Gesichter nicht länger als Fortschrittssymbole, sondern als Merkmale von Dreckschleudern gesehen werden und d. h. auch eine Diskussion darüber geführt wird, wie der vorherrschende gewerkschaftliche Produktivismus durch davon unabhängige, lebensweltliche Normen ("Ethik") relativiert wird. Die unübersehbare Betroffenheit von Jedermann durch Naturvernichtung und Umweltzerstörung hat zu einer radikaldemokratischen Ökologiebewegung geführt, die von der anti-autoritären Eigeninitiative von Individuen getragen wird und die Chance birgt, *Elemente des basisdemokratischen Verständnisses auch in die Betriebe zu übertragen.*

Damit ist das Problem der Zuständigkeit nicht gelöst, sondern erst aufgeworfen. Das originäre Feld der Arbeitnehmer und der Gewerkschaften ist nach wie vor die Beteiligung an der Regulierung der gesellschaftlichen Produktion. Das Versagen der nach der herrschenden Arbeitsteilung zuständigen Instanzen sowie die Tatsache, daß die Natur bisher keinen Eigenwert und keinen Anwalt in den Wirtschaftsordnungen hat, bringt die Gewerkschaften in massiven Zugzwang; sie müssen erstens ihr traditionelles Politikfeld vor dem Hintergrund der ökologischen Gefährdung neu überdenken, sie müssen zweitens an einer neuen, ökologischen Produktionspolitik der Unternehmen mitwirken und drittens einen Beitrag zu Zukunftsmodellen ökologischen Wirtschaftens und ihrer Durchsetzung leisten. Dieser Prozeß wird zunehmend in Form heterogener Bündnisse in der Region stattfinden, in denen die Gewerkschaften nicht mehr die führende Rolle spielen können, sondern ein Akteur unter anderen wie Bürgerinitiativen, Kirchen, Parteien, Wirtschafts- und Verbraucherverbänden, staatlichen Kontrollinstanzen etc. sein werden. Die Region ist die Lebenswelt der Arbeitnehmer und die Frage steht, inwieweit die Gewerkschaften aktiv und kompetent für eine *sozialökologische Regionalpolitik* eintreten, nachdem sie sich aus der Gemeinwirtschaft zurückgezogen und ihre Präsenz vor Ort durch die organisatorische Strukturreform ausgedünnt haben. Ihr originärer Beitrag zu solchen Bündnissen könnte konkret z. B. darin liegen,

- die gestiegene Umweltsensibilität für eine Aktivierung des betrieblichen Arbeits- und Gesundheitsschutzes zu nutzen und d. h. Fronten zwischen Arbeits- und Umweltschutz abzubauen;

- die Verwendung von Ressourcen im Unternehmen und den Ausstoß von Emissionen (mit) zu kontrollieren (Öko-Controlling) und zu verringern;
- die individuellen Voraussetzungen für ökologisches Verhalten und d. h. auch auf Eigenverantwortung im Betrieb zu verbessern (Vorschlagswesen, Reklamationsrecht, Arbeitsverweigerungsrecht);
- auf die Verbesserung der Produktqualität im Sinne der Gebrauchseignung, der Haltbarkeit, der vielfältigen Verwendbarkeit und Reparaturfreundlichkeit hinzuwirken;
- darauf zu dringen, daß möglichst wenig Abfallstoffe und Emissionen nach draußen gehen und stattdessen im Betrieb recycelt und entsorgt wird, um die ökologischen Kreisläufe kurz und übersichtlich zu halten.

Letztendlich gehört dazu ein Durchforsten des bestehenden gewerkschaftlichen Regelungswerkes danach, welche direkt oder indirekt ökologiefreundlichen Normen und Verfahren mitgeschleppt werden und zu einer inkonsistenten bis widersprüchlichen Betriebspolitik in Sachen Ökologie führen. Produktmitbestimmung im Betrieb und Unternehmen ist vorwiegend Mitbestimmung bei der Gestaltung des Produktionsprozesses unter sozialen und ökologischen Gesichtspunkten. Betriebliche und überbetriebliche Produktmitbestimmung in heterogenen Bündnissen sind ebensowenig zu trennen wie produkt- und prozeßbezogene Mitbestimmung.